



2018/120

17.05.2018

Bericht

- öffentlich -

Sachstand Aktionsplan Inklusion

Beschlussvorschlag

Der Sachstand bei der Entwicklung eines Aktionsplans Inklusion wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsfolge

Gremium:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren

Datum:

05.06.2018

Sachverhalt

Am 19.09.2017 wurde der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren von der Verwaltung über die Planungen zur Erstellung eines Aktionsplans Inklusion unterrichtet (**2017/176**). Es wurde beschlossen, dass der Fachbereich Soziales diesen Prozess im Rahmen der vorhandenen Ressourcen im Jahr 2018 vorantreibt, für eine etwaige Unterstützung durch externe Dienstleister wurde der Betrag von 15.000,00 € in den Haushalt eingestellt.

Eigene Initiativen scheiterten in der Folge an den fehlenden Ressourcen des Fachbereiches 31 und des zuständigen Fachdienstes 311. In der Leitungsebene des Fachbereiches ist die Stabsstelle des Controllers wegen Krankheit und späterem Ableben des Stelleninhabers seit über einem Jahr unbesetzt. Der Fachbereich 311 selbst wird seit dem letzten Jahr im hohen Maße mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) gebunden.

Aus diesem Grund hat sich das Bemühen der Verwaltung darauf konzentriert, einen Partner zur Anleitung und Begleitung bei der Erstellung eines Aktionsplans Inklusion zu finden. Nicht ganz erwartungsgemäß scheint es hierfür aber keinen „Markt“ zu geben. Weder die einschlägigen Unternehmen im Bereich Sozialforschung noch wissenschaftliche Anbieter haben die Erstellung derartiger Aktionspläne in ihrem Portfolio.

Erfolgversprechend verliefen in der Vergangenheit einzig Gespräche mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst, Hildesheim/Holzminde/Göttingen (HAWK) -*Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit*-. Aber auch dieser mögliche Partner sagte nach längerer Prüfung eine Zusammenarbeit wegen fehlender Expertise und mangelndem Forschungsinteresse ab.

Nach dieser ernüchternden Zwischenbilanz der ersten sechs Monate dieser „Markterkundung“ ist die Verwaltung im Mai 2018 auf Prozesse zur Erstellung von Aktionsplänen Inklusion in Bayern aufmerksam geworden. Unter Mitwirkung der bayerischen Landesregierung begleitet die Firma Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA) aus München diese Prozesse, deren veröffentlichte Zwischenergebnisse den Vorstellungen des Landkreises Nienburg nahekommen, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung der Betroffenen, der Bürger allgemein und der politischen Gremien.

Dieses Institut ist dem Landkreis Nienburg aus dem Vergabeverfahren der Sozialplanung für Senioren bekannt, bei der die AfA in den Qualitätskriterien neben dem Auftragnehmer (TU Dortmund) am überzeugendsten gewesen ist. Letztlich gaben die höheren Präsenzzeiten der TU Dortmund im Rahmen der Untersuchung vor Ort im Landkreis Nienburg und die niedrigeren Kosten den Ausschlag.

Da aber dieses Mal kein weiterer Anbieter ersichtlich ist, hat die Verwaltung Kontakt zur AfA aufgenommen, die signalisiert hat, auch für die Entwicklung eines Aktionsplans Inklusion im Landkreis Nienburg grundsätzlich zur Verfügung zu stehen. In den nächsten Wochen werden Informationen ausgetauscht und in Frage kommende Modalitäten abgestimmt, nicht zuletzt die Kosten, die eine Beauftragung nach sich ziehen würden. Soweit sich der veranschlagte Kostenrahmen einhalten lässt, wird die Verwaltung die Dienstleistung der AfA in Anspruch nehmen, so dass der Prozess noch in diesem Jahr gestartet und vorangebracht werden kann.